

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönneischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlung 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Zulernen.*

Von Gustav Noske.

Unter Ausnützung der tiefen wirtschaftlichen und seelischen Wirkungen, die der Krieg auslöst, wird wieder einmal von manchen Leuten versucht, den Arbeitern klarzumachen, daß nichts verwerflicher wäre als ein Preisgeben aller, von langher überkommenen Anschauungen. Festhalten an alter Taktik und gewohnten Ideen, wird erklärt, müsse die Lösung sein und bleiben. Als unsicherer Kantontist, wenn nicht gar als Verräter wird verschrien, wer betont, daß veränderte Verhältnisse eine entsprechende Anpassung der Arbeiterbewegung bedingen, damit der Aufstieg des Proletariats in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht nach Möglichkeit gewährleistet wird.

Der Krieg ist die größte Revolution, die von der Menschheit bisher erlebt wurde. Der frühere Staatssekretär Dr. Delbrück sagte schon im Jahre 1916 einmal in einer Reichstagskommission sehr zutreffend, auf manchen Gebieten des Wirtschaftslebens seien wir durch den Krieg ein so gewaltiges Stück vorwärts geschleudert worden, wie bei normaler Entwicklung nur mehrere Generationen erreicht hätten. Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung wird auch mit dem Friedensschluß keineswegs ihr Ende erreichen, sondern auf manchen Gebieten dann erst recht einsehen. Da heißt es für die Arbeiterbewegung und ihre Führer, die Augen offen halten. Mit gespanntester Aufmerksamkeit ist die Entwicklung zu beobachten, damit das Proletariat vor Schaden möglichst bewahrt und jeder sich darbietende Vorteil wahrgenommen werden kann. Das setzt ein hohes Maß von geistiger Elastizität voraus. Mehr als jemals müssen die Arbeitermassen auch vertrauensvoll der Führung der selbstgewählten Leiter folgen, selbstverständlich ohne das Recht der gebotenen Kontrolle zu vernachlässigen. Wer dieses Vertrauen zu erschüttern sucht, verflucht sich auf das schwerste an der Organisation.

Je komplizierter sich die wirtschaftlichen Zusammenhänge gestalten, desto schwieriger wird es, darüber jederzeit den nötigen Ueberblick zu behalten. Das fällt naturgemäß manchem Arbeiter schwer, der in angestrengter Arbeit in der Werkstatt tätig ist. Den sprunghaften Änderungen im Wirtschaftsleben ist die Taktik der Gewerkschaften immer wieder anzupassen. Das kann dazu nötigen, Ansichten, die heute mit vollem Recht als richtig verfolgt werden, nach nicht sehr langer Frist stark zu ändern oder gar preiszugeben. Früher schon öfters und erst recht während des Krieges hat das dazu geführt, daß manche Arbeiter darüber klagten, man spreche jetzt zum Teil ganz anders, als sie es von früher her gewöhnt seien. Sie sind sich nicht genügend klar darüber, daß die Mittel für den Befreiungskampf des Proletariats von kapitalistischer Ausbeutung nicht für alle Zeiten vorauszufragen und festzulegen sind, sondern den Umständen angepaßt werden müssen.

Unsere Gewerkschaftsbewegung hat denn auch im Lauf der Jahrzehnte, trotzdem unsere Ziele nicht die geringste Veränderung erfahren, beträchtliche Wandlungen durchgemacht. Das ist im fortgesetzten Ringen innerhalb unserer eigenen Reihen geschehen. Kein neuer Gedanke ist ausgesprochen worden, ohne heftigen Widerspruch zu finden. Der Ausbau der Einrichtungen unseres Verbandes, der außerordentlich reichsreich wirkte, konnte nur nach Ueberwindung harten Widerstandes durchgeführt werden. Jede Reform ist flammenden Protesten begegnet. Immer wieder erklangen die Anklagen, es drohe Gefahr, bewährte Bahnen würden verlassen und ein Weg beschritten, der die Arbeiterbewegung in den Kampf oder ins bürgerliche Lager führe. Dabei haben wir nicht selten die Erfahrung gemacht, daß die Warner, die sich gern sehr radikal gebärden, im Grunde arge Konservative waren, denen die Fähigkeit zum raschen Zulernen abging. Aus geistiger Trägheit klammerten sie sich an überkommene Ansichten und Schlagworte. Anzuerkennen ist, daß mit den allgemeinen Fortschritten der Arbeiterbewegung das Lernen immer leichter ging, weil der geistige Horizont unserer Leute sich erweiterte, Spannkraft und Beweglichkeit mit der erregenen Besserung der Lebenshaltung und der Verkürzung der Arbeitszeit sich steigerten. Aber ausgestorben sind die Reaktionen in unseren Reihen noch lange nicht. Geistige Nachzügler hemmen auch jetzt noch manchmal den Vormarsch.

Um wieviel es allmählich besser geworden ist, soll aber heute gern anerkannt werden. Das merkt man bei dem Drang nach vorwärts, der alle Kraft und Zeit in Anspruch nimmt, wenn man einmal weit zurückliegende Erinnerungen an die Vorgänge im Verband zuruft. Was haben wir in den Anfängen unserer Bewegung alles an unhaltbaren Ideen aus den eigenen Köpfen und denen unserer Kollegen nach und nach herausbringen und Neues lernen müssen. Eine wesentliche Aufgabe war, in den Arbeitern die Hoffnung wachzurufen, daß im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt eine nennenswerte Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage möglich sei. Die Verleumdungstheorie wurde vor 25 Jahren von sehr vielen Arbeitern und auch von manchen

Versammlungsrednern buchstäblich dahin verstanden, ein allgemeiner Aufstieg des Proletariats sei unmöglich. Der baldige Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft war besonders in der harten Krisenzeit der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als gewiß angesehen worden. Die Wirtschaftskämpfe galten nur als ein Abwehrmittel gegen Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Dieser Pessimismus hinderte die Gewinnung von Mitgliedern, weil nur Hoffnungslosigkeit belebt und zu Opfern bereit macht. Es wurde versucht, die Massen für die Organisation zu gewinnen, indem man ihnen eine möglichst geringe Beitragsleistung zumutete. Ein Groschen oder 15 Pf. pro Woche wurden erhoben. Das brachte kein Geld in die Kassen, aber auch die Mitgliederzahl blieb klein. Bei größeren Streiks mußte sofort die Sammelliste in Umlauf gesetzt werden. Das machte lang andauernde Massenkämpfe unmöglich, und Erfolge mußten selten bleiben. Gelegentlich um der Streikunterstützung willen zugestimmte Mitglieder ebten bald wieder fort. Das darin unbedingte Aenderung geschaffen werden mußte, wurde manchem von uns bald klar. Die Mitglieder mußten an dem Verband dauernd interessiert werden, indem sie auf baldige praktische Vorteile rechnen konnten. Das war ohne Geld nicht zu machen. Also mußte die Stimmung für eine Beitragserhöhung geschaffen werden. Die Ueberwindung der ältesten Vorurteile hat am meisten Mühe gemacht. Was haben wir damals für Debatten und Preppolemiken gehabt. Mit den ärgsten Gemeinplätzen wurden alle Unterstützungseinrichtungen bekämpft. Hartnäckigen Widerstand fanden auch die Vorschläge wegen einer Beitragserhöhung.

Im Anfang der neunziger Jahre machten sich Anzeichen dafür bemerkbar, daß der langen Periode wirtschaftlicher Stagnation ein Aufschwung folgen werde. Das bedeutete die Aussicht, nun endlich mit besserem Erfolg zahlreichere Lohnbewegungen einzuleiten zu können. Es galt, dafür zu rüsten. Aber wir zahlten im jungen Holzarbeiter-Verband einen Wochenbeitrag von 15 Pf. Ich habe selten Zeit gefunden, für die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu arbeiten. Darauf habe ich mir öfters etwas zugute getan, daß ich den ersten Alarmartikel geschrieben habe, in dem eine rasche Beitragserhöhung befürwortet wurde. In einer Menge von Eingeklandts wurde der Vorschlag als unmöglich, weil ruinierend für den Verband, bekämpft. Die Logik der Tatsachen war sehr viel stärker als die Schwerefülligkeit, die zu überwinden war, so daß eine Anzahl Monate später in der Urabstimmung die Beitragserhöhung auf 25 Pf. beschlossen wurde. Das war ein beträchtlicher Fortschritt. Nachdem erst einmal der erste Schritt auf dieser Bahn getan worden war, ist es später immer leichter und rascher vorwärtsgegangen. Diskussionen hat es zwar immer wieder gegeben, aber die Masse der Kollegen erkannte bald, was notwendig wurde. Deshalb hat unser Verband eine ziemlich stetige Aufwärtsbewegung gehabt und seinen Mitgliedern beträchtlichen wirtschaftlichen Fortschritt gebracht.

Davon soll nicht übertriebenes Ruhmen gemacht werden. Aber es wäre auch eine arge Torheit, die Errungenschaften verkleinern zu wollen. Unsere Arbeit während eines Vierteljahrhunderts ist nicht vergebens gewesen. Daß noch das größere Stück Arbeit zu leisten ist, bis der Kapitalismus und mit ihm jede Art von Ausbeutung überwunden sind, mag sein. Jedoch hoffnungsfreudig gehen wir der Arbeit und den Kämpfen der Zukunft entgegen. Neue Anforderungen werden an uns herantreten. Große Aufopferung wird weiter erforderlich sein. Aber die Arbeiterschaft wird zulernen, was nützt. Darin liegt die Gewähr des völligen, endgültigen Sieges.

Gewerkschaftliche Aufgaben und sozialistische Politik.

In Nr. 23 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir die vom Verbandstag der schweizerischen Holzarbeiter beschlossene „Rundgebung“ besprochen und dabei besonders die Stelle unterstrichen, nach welcher „mit den jetzigen offiziellen Instanzen der noch vorhandenen Trümmer der gewerkschaftlichen Internationale in den kriegführenden Ländern auch nach dem Krieg eine gemeinsamer Interessentkampf zur Verwirklichung der wahren sozialistischen Ideale nicht möglich ist“. Hierzu haben wir unter anderem bemerkt: „Die gewerkschaftliche Internationale hatte weder vor dem Krieg zum Zweck, noch kann sie es nachher wollen, einen Interessentkampf zur Verwirklichung der wahren sozialistischen Ideale zu führen. Sie verfolgt rein praktische gewerkschaftliche Ziele, wie sie z. B. im Statut der Internationalen Union der Holzarbeiter einzeln aufgeführt sind.“

Diese Worte haben im Lager der „Unabhängigen“ starke Entrüstung geweckt, die sich in einem Artikel kundgibt, den wir in einigen unabhängigen Blättern, z. B. im Berliner „Mitteilungs-Blatt“ und im Halleischen „Volkblatt“ finden. In diesem Artikel heißt es:

Sehr bemerkenswert ist die Erklärung, daß zwischen den „rein praktischen Zielen“ der Gewerkschaften und der „Verwirklichung der wahren sozialistischen Ideale“ ein Unterschied besteht. Nicht minder bemerkenswert ist die

kategorische Erklärung, daß auch die neue gewerkschaftliche Internationale ungeeignet sein werde, an der Verwirklichung dieser Ideale zu arbeiten. Diese Offenbarung wird sicher manchen Gewerkschafter stutzig machen und ihm die Frage vorlegen, ob denn die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes oder etwa die Generalkommission jetzt schon den Geist und die Taktik einer neuen Internationale bestimme. Haben die Mitglieder auch hier nichts zu sagen?

In dem letzten Satz wird angedeutet, daß in einem Gewerkschaftsblatt eigentlich nur solche Gedanken ausgesprochen werden dürfen, die vorher durch eine Urabstimmung die Approbation der Mitglieder erhalten haben. Von den unabhängigen Redakteuren, die sich diesen Satz durch seine Wiedergabe zu eigen machten, darf man wohl annehmen, daß sie ihn nur für die Gewerkschaften und ihre Organe, nicht aber für sich und ihre Organisationen gelten lassen wollen. Aber wir wollen diesen Faden nicht weiter spinnen, sondern in Kürze den Unterschied zwischen den Aufgaben der Gewerkschaften und denen der sozialistischen Parteien untersuchen. Die schweizerische „Rundgebung“ und die Verteidigung, die sie bei den „Unabhängigen“ in Deutschland findet, zeigt, daß darüber noch nicht die Klarheit besteht, die man eigentlich erwarten sollte.

Die sozialdemokratische Partei bekämpft die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie will das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln, nämlich Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel, in gesellschaftliches Eigentum und die Warenproduktion in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion umwandeln. Das ist das sozialistische Ideal, das von allen sozialistischen Parteien angestrebt wird. Die Wege, die zur Verwirklichung dieses Ideals führen, sind verschiedenartig, und Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des einen oder des anderen Weges sind die Ursachen der Streitigkeiten zwischen den sozialistischen Parteien, die dann, wie das bei Bruderkämpfen anderer Art auch nur zu oft beobachtet werden kann, mit ganz besonderer Erbitterung geführt werden.

Der Kampf zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals ist ein politischer Kampf. Das heißt, er zielt darauf ab, die Einrichtungen des Staates auf eine von den heutigen Zuständen durchaus abweichende Grundlage zu stellen. Um diesem Ziele näher zu kommen, müssen die Sozialisten danach streben, die Zahl der Anhänger ihrer Lehre zu mehren. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung beruht auf der Klassenherrschaft, auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschenden Klassen. Die Beseitigung der Klassenherrschaft würde die Arbeiterklasse aus der Unterdrückung, in welcher sie im Klassenstaat schmachtet, befreien. Die Arbeiter haben somit das größte Interesse an der Verwirklichung des sozialistischen Ideals, und die sozialistische Agitation wendet sich daher in erster Linie an die Arbeiterschaft, die den weitaus größten Teil der Bevölkerung stellt.

Ueber die Frage, ob es möglich ist, den Sozialismus mit einem Schlage zu verwirklichen, oder ob er nur allmählich und schrittweise errungen werden kann, bestehen bei den Anhängern dieser Lehre Meinungsverschiedenheiten. Dort, wo der Sozialismus noch schwach ist, begegnet man mitunter der Auffassung, daß eine gewalttätige Umwälzung am schnellsten zum Ziele führe. Im allgemeinen, und das gilt ganz besonders für Deutschland, wird anerkannt, daß zur Verwirklichung des Sozialismus die ökonomischen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Zu diesen Voraussetzungen gehört eine weitgehende Konzentration des Kapitals. Dazu gehört aber auch ein geistig und körperlich leistungsfähiges Proletariat. Die Sozialisten sind deshalb bestrebt, die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern. In den Parlamenten wirken sie für den Erlass sozialer Gesetze, und sie sind bemüht, auf dem Wege der Gesetzgebung den Weg frei zu machen, der es den Arbeitern ermöglicht, sich im Kampf gegen das Unternehmertum möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Die Führung dieses Kampfes um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Der Zweck der Gewerkschaften ist es nicht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen. Ihr Ziel ist enger gefaßt. Sie gehen von den gegebenen Zuständen aus und wollen innerhalb des kapitalistischen Staates die Lage der Arbeiter so günstig wie möglich gestalten. Daß sie damit auch indirekt für die Verwirklichung des Sozialismus arbeiten, da der körperlich leistungsfähige und geistig regame Arbeiter für die Lehren des Sozialismus in weit höherem Maße empfänglich ist als eine dumpf und stumpf vegetierende Arbeiterschaft, kommt für die Gewerkschaften nicht in Betracht. Auch die Tatsache, daß viele ihrer Mitglieder bewußte Sozialisten sind, die politisch für den Sozialismus wirken, berührt die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbewegung nicht.

In den Kindheitsjahren der Gewerkschaftsbewegung hat man in dieser Beziehung in der Sozialdemokratie anderen Auffassungen gehuldigt. Da glaubte man, die Gewerkschaften gewissermaßen als Vorstufe, als „Rekrutenschulen“

* Der nachstehende Aufsatz war für unsere Jubiläumsschrift bestimmt, er konnte jedoch, ebenso wie einige weitere Arbeiten, dort nicht untergebracht werden. Wir bringen diese zurückgebliebenen Aufsätze in dieser und in der folgenden Nummer zum Abdruck.

für die Partei bemühen zu können. In ihnen sollte der unerfahrene Arbeiter zunächst dazu gebracht werden, seiner wirtschaftlichen Lage Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn ihm hier die einfachsten Zusammenhänge klar werden, dann wird er, so hoffte man, auch bald reif werden, den Bestrebungen der Sozialdemokratie Verständnis entgegenzubringen. Diese Zeit ist aber längst vorüber. Die Gewerkschaften sind gewachsen, ihr Arbeitsgebiet hat sich erweitert und vertieft; es bleibt ihnen für die Verfolgung von Nebenzwecken kein Raum.

Verständige Sozialdemokraten haben übrigens von jeher der Auffassung keinen Geschmack abgewinnen können, als ob die Gewerkschaften Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie seien, und daß es ihre Aufgabe wäre, „die wahren sozialistischen Ideale zu verwirklichen“. In einem Vortrag, den Deibel im Jahre 1900 gehalten hat, und der später als Broschüre unter dem Titel „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ herausgegeben wurde, sagt er: „Die Gewerkschaft ist diejenige Arbeiterorganisation, die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung für die Hebung der Arbeiterlage eintritt.“ In einer anderen Stelle des gleichen Vortrages heißt es: „Die Aufgaben und Zwecke der Gewerkschaft werden um so gründlicher erreicht, je stärker dieselbe ist, das heißt, je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig ihr angehören, je geschickter ihre Leitung ist, je gefällter ihre Rassen sind. . . . Da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betrieb Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und der politischen Ueberzeugung, oft auch verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinung und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenschließen aller vorhandenen Gewerkschaften in eine Organisation muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundsatzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.“

Es braucht wohl kaum besonders betont zu werden, daß wir es für selbstverständlich halten, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder auch politisch betätigen. Die Nurgewerkschafterei führt zur geistigen Verkümmern. Wer Zweck und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung begriffen hat, wird wahrscheinlich auf politischem Gebiet für die Verwirklichung der wahren sozialistischen Ideale wirken. Das tut er aber dann als Angehöriger seiner politischen Partei und nicht als Mitglied seiner Gewerkschaft. Die Gewerkschaft beschränkt sich darauf, die Hebung der Arbeiterlage auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung anzustreben.

Das sind die rein praktischen gewerkschaftlichen Ziele, von denen wir in dem eingangs erwähnten Aufsatz gesprochen haben, die mit dem „Interessenkampf zur Verwirklichung der wahren sozialistischen Ideale“ nichts gemein haben. Dieser Kampf kann von den Gewerkschaften nicht geführt werden, er muß den sozialistischen Parteien überlassen bleiben. Wir hatten geglaubt, daß das Selbstverständlichkeiten seien. Die Polemik in der unabhängigen Presse zeigt aber, daß es notwendig ist, auch scheinbare Selbstverständlichkeiten immer wieder von neuem zu erläutern.

Soziales.

Erntezeiten.

Um Mitte Juni, zur gleichen Zeit, als die Brotrotation in Deutschland um ein Fünftel verkürzt wurde, erfolgte in Oesterreich eine Verkürzung der Brotrotation um die Hälfte. Während aber bei uns die bevorstehende Geradausgabe lange zuvor angekündigt war, erfolgte sie in Oesterreich ganz plötzlich, und dementsprechend war auch die dadurch hervorgerufene Aufregung in der Bevölkerung. Silberkurse an die deutsche Regierung wurden zunächst abgelehnt, doch hat dann die Oesterreichische Regierung 5000 Tonnen Getreide teilweise nach Oesterreich abgegeben. Die Aufregung der Wiener Bevölkerung hat für kurze Zeit auch in

der reichsdeutschen Presse stark nachgeklüppelt. Dann ist es still geworden, und bei unjeren Zensurverhältnissen läßt es sich schwer beurteilen, ob die Zeitungen lediglich deshalb schweigen, weil es nichts Besonderes zu berichten gibt.

Der Hinweis auf die noch schlechteren Ernährungsverhältnisse in Oesterreich kann uns aber nicht über die Tatsache hinweghelfen, daß es um die Ernährung der Industriearbeiter in Deutschland äußerst schlecht bestellt ist. Die Brotrotation ist verkürzt, aber der sonst nächstliegende Weg, einen Ausgleich durch vermehrte Kartoffelnahrung zu suchen, ist, wenigstens für die Großstädte und die Industriebezirke, nicht gangbar. Die an sich schon unzureichende wöchentliche Siebenfundration wird schon seit einiger Zeit nicht mehr voll geliefert. Sie ist an einigen Orten offiziell, an anderen tatsächlich beträchtlich vermindert, und dabei ist die Ware vielfach so schlecht, daß oft nur der dritte Teil der gelieferten und teuer bezahlten Kartoffeln genießbar ist. An manchen Orten ist die Kartoffellieferung neuerdings sogar ganz eingestellt worden. Sehr mangelhaft ist die Belieferung mit Gemüse. Es ist sehr teuer, aber schwer zu erlangen. Wo solches feilgehalten wird, da sammeln sich schnell lange Ketten von Hausfrauen, die oft viele Stunden warten müssen, bis sie eine kleine Menge erhalten. Oft warten sie auch vergeblich. Von den 200 Gramm Fleisch, die wöchentlich verteilt werden, wollen wir nicht reden. Die Menge ist so klein, daß sie für die Ernährung nicht ins Gewicht fällt und höchstens für die Geschmacksverbesserung in Betracht kommt.

Die Ernährungsschwierigkeiten haben wieder einen Grad erreicht, daß man meinen sollte, daß die äußerste Grenze des Erträgliches überschritten sei. Wir dürfen uns aber nicht darüber täuschen, daß wir erst am Beginn der schlimmsten Periode stehen. Von der neuen Ernte trennt uns noch eine Reihe von Wochen. Die Witterungsverhältnisse lassen erwarten, daß die diesjährige Ernte einige Verspätung erleidet. Ob die noch vorhandenen Vorräte ausreichen werden, die gegenwärtigen Nationen auch für die kommenden Wochen bis zum Beginn der Ernte gewähren zu können, steht noch keineswegs fest. Es ist nicht unmöglich, daß wir den Hungerriemen noch viel enger schnallen müssen.

Was das bedeutet, wird auch den verantwortlichen Stellen nicht unbekannt sein. Die Versuche, jetzt gegen Schluß des Erntejahres die noch vorhandenen Reste aus allen Ecken zusammenzutragen, dürften wenig Erfolg versprechen. Da hätte beizeiten vorgesorgt werden müssen. Leider sind die unaufhörlichen Forderungen der Arbeiter unbeachtet geblieben, und die sachverständigen Ratsschläge der Arbeitervertreter haben taube Ohren gefunden. Statt alle Nahrungsmittel beim Erzeuger zu erfassen und für eine gerechte Verteilung zu sorgen, ist man in dieser Hinsicht sehr lag verfahren. Viele Lebensmittel, die der Beschlagnahme unterlagen, konnten dieser entzogen und im Schleichhandel zu Bucherpreisen abgesetzt werden. Trotz der schlimmen Erfahrungen in vier schweren Kriegsjahren sind die gleichen Fehler immer von neuem gemacht worden.

Das System der Anreizprämien zur Förderung der Produktion hat wohl die Wirkung gehabt, daß den Agrariern überreicher Gewinn zusloß, aber die Produktion ist dadurch nicht so gesteigert worden, daß wir auch nur vor dem ärgsten Hunger geschützt sind. Aber der beschrittene Weg wird weiterverfolgt. Ob die nächste Ernte uns genug Brot liefern wird, wissen wir nicht, aber dafür ist schon gesorgt, daß das Brot viel teurer wird. Das bewirken die von der Regierung festgesetzten bedeutend erhöhten Getreidepreise. Die in ziemlich sichere Aussicht gestellten fleischlosen Wochen werden wohl erst nach der Ernte eingeschaltet werden, aber man darf damit rechnen, daß sie uns nicht erspart bleiben.

Daß dieser traurige Stand der Ernährungsverhältnisse nicht geeignet ist, die Stimmung der industriellen Arbeiterschaft zu heben, ist ohne weiteres einleuchtend. Die politischen Vorgänge tragen aber vollends dazu

bei, eine Erregung wachzurufen und zu nähren, die der Regierung sicher nicht erwünscht sein kann. Man möge sich nicht zu sehr auf die staatlichen Machtmittel verlassen, mittels derer jeder laute Ausdruck des Unwillens niedergeschlagen werden kann. Kluge Staatslenker müssen es als ihre Aufgabe betrachten, alles zu tun, eine Stimmung gar nicht aufkommen zu lassen, wie sie durch eine Reihe von Vorgängen erzeugt und fortwährend genährt wird.

Zu diesen aufreizenden Vorgängen gehört die unbegreifliche Langmut, mit welcher die Verhöhnung des Volkes durch das Gebaren der Wahlrechtsfeinde aufgenommen wird. Dazu gehört auch der steigende Uebermut, mit welchem sich die Agitation der Vaterlandspartei und der sonstigen ihnen gesinnungsverwandten Innenpolitiker und Kriegsverlängerer breitmachen darf. Während den Friedensfreunden bei ihrer Agitation alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, dürfen die Vaterlandsparteiler ihre bunten, völkerverheerenden Plakate an alle Wände anschlagen. Die Kriegsheer erfreuen sich augenscheinlich der größten Sympathie der maßgebenden Behörden, während das Volk nach der Wiederkehr des Friedens lechzt. Die Regierung steht nach ihren Erklärungen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages auf dem Boden des Verständigungsfriedens, aber aus dem Tun und Lassen der Regierungsorgane könnte man schließen, daß sie ganz andere Ziele verfolgt.

Dazu kommt noch ein anderes. In dieser Zeit, wo die Preise aller Lebensbedürfnisse trotz der unglaublichen Höhe, die sie bereits erklommen haben, immer weiter steigen und eine Erhöhung der Löhne zur unabwendbaren Notwendigkeit wird, beginnt man, zumal in der Rüstungsindustrie, sehr energisch die Löhne abzuhauen. Die Unternehmer fühlen sich als die Herren der Situation. Obwohl die Produktion durch lange Arbeitszeit zu steigern gesucht wird, fliegen Arbeiter, die sich unberechtigten Zumutungen nicht willig fügen, auf die Straße. Soweit sie noch militärpflichtig und reklamiert sind, werden sie eingezogen. Die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes steht mit den Versprechungen, die bei seinem Erlaß und später fortwährend gegeben wurden, in großem Widerspruch. Es ist kennzeichnend für den Zustand der Dinge, daß in weiten Kreisen der Rüstungsarbeiter die Ueberzeugung herrscht, daß ein Wink des Unternehmers oder seines Beauftragten genügt, um jeden Reklamierten, der sich nicht widerspruchslos allen Zumutungen fügt, in den Schützengraben zu befördern.

Das Auftreten der Unternehmer, besonders in den Großbetrieben der Rüstungsindustrie, erweckt den Anschein, als ob sie planmäßig darauf ausgingen, durch fortgesetzte Schikanen die Arbeiter zu Verzweiflungsaussbrüchen zu treiben. Der arbeiterfreundliche Zug in der Gesetzgebung, der sich schüchtern bemerklich macht, geht ihnen wider den Strich. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung paßt ihnen gar nicht. Das Arbeitskammergesetz hoffen sie noch zu Fall bringen zu können, aber ihre Wünsche gehen viel weiter; sie möchten am liebsten die Gewerkschaften ganz niederschlagen. Lassen sich die Arbeiter provozieren und zu Putschern verleiten, dann hat die Reaktion Oberwasser. Dann werden die Scharfmacher, die sich jetzt bemühen, ein Feuerchen anzuzünden, nicht laut genug über „Landesverrat“ schreien können. So hoffen sie die Stimmung zu erzeugen, die ihren dunklen Plänen förderlich ist. Ein vernichtender Schlag gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen überhaupt macht sie wieder zu unbeschränkten Gebietern in den Betrieben und die Arbeiter zu ihren willenlosen Sklaven.

Die Arbeiter werden den Unternehmern den Gefallen nicht tun; sie werden sich weder durch die Provokationen der Unternehmer noch durch die Lockungen kurzfristiger Narren oder bewußter Lodspißel verleiten lassen, unüberlegte Schritte zu unternehmen. Darüber darf man sich freilich keiner Täuschung hingeben, die

Erinnerungen.

In der Wand meiner Arbeitsstube prangt in schlichtem Rahmen aus gebeiztem Eichenholz eine Urkunde des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Sie datiert vom 23. Februar 1912, spricht von Dank und Anerkennung für 35jährige ununterbrochene Mitgliedschaft, verbunden mit den besten Glückwünschen zu dem Ehrentage.

Mit der Ueberreichung dieser Urkunde hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband meine Verdienste zu hoch bewertet, mich jedoch zum Gegenstand und zu weiterer Treue verpflichtet. Die kindige Aufmerksamkeit des Verbandsvorstandes ist mir ein geschätzter Hammerschlag, erinnert er doch fort und fort an die schöne Zeit meiner aktiven Tätigkeit für die Holzarbeiterorganisation in guten und schlimmen Tagen, an harte Kämpfe, aber auch an prächtige Erfolge.

Ein und jenseit! Nur wer die Entwicklung der Holzarbeiterbewegung mehrere Jahrzehnte miterleben konnte, vermag das Gewicht zu ermessen, die Menge ausgewandelter Energie und Kraft einzuschätzen. Es handelt sich hier um das Werk Tausender von Schaffensproben, opferreichen Kameraden, von Kollegen, die im Ansehen der Mitgliederziffer an irgendeinem Ort in kleinen Fortschritten reichen Lohn fanden für schwere Mühsal. Die Kameraden der zahllosen weiteren Kämpfe werden nie genannt. Viele selbstlosen stillen Agitatoren, Vertrauensmänner usw., die öffentlich selten hervortreten, sind es aber, denen wir heute die Größe unseres Verbandes mit zu danken haben. Ihnen ist ebenfalls gebührend gedacht!

Bei überlanger Arbeitszeit (5 Uhr früh bis 7 Uhr abends) ist nur knappen Pausen trübten wir Schreiner, ehe die Organisationsfrüchte zeitigen konnte, kein beneidenswertes Dasein. Nicht wenige Gehilfen hatten selbst an größeren Orten „Acht und Acht“ beim Arbeitgeber. Der Wochenlohn betrug oft nur ein paar Mark bei andauernder Arbeitspflicht. Auch an Sonn- und Feiertagen mußte mindestens bis zur Mittagsstunde, selbstverständlich ohne jegliche Vergütung, gearbeitet werden.

Die Kollegen aus diesem Campf herauszureißen, mit ihnen überhaupt nur Fühlung zu bekommen, ihnen den Be-

griff Mensch sein beizubringen, ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl, den Organisationsgedanken einzuhämmern, war eine fürchterliche Arbeit. Man gründete Vereine mit oft recht sonderbaren Titeln und Satzungen. Nicht Unbeholfenheit allein verursachte häufig arge Gemüngen, die liebe Polizei, die das Sozialistengesetz auch gegen die Arbeitervereine aller Art, besonders aber gegen die Gewerkschaften rücksichtslos anwandte, witterte überall Umstürzler, Anarchisten und Attentäter und zwang oft zu Hilfsmitteln, über die man heute allerdings recht herzlich lachen kann.

Hatte man mit Mühe und Not ein Vereinchen gebildet, hatte man es auf einige Duzend Mitglieder mit 10 oder 20 Pf. Monatsbeitrag gebracht, wurde der Herrlichkeit — Gründe waren billig wie Brombeeren — durch einen Federstich rasch wieder ein Ende bereitet. Die ungeschickte Klüftung eines harmlosen Versammlungsredners, denen fast allen die Schulung fehlte, war den Behörden Beweis genug für die Notwendigkeit, mit schärfsten Mitteln eilig einzugreifen. Die junge Organisation wurde auf Grund des Vereinsgesetzes oder auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie kurzerhand polizeilich geschlossen und das „Vereinsvermögen“ konfisziert. Die Ansätze von Bibliotheken, Materialien, Modell-sammlungen für fachliche Ausbildung und sonstiges Vereins-eigentum gingen dabei regelmäßig zum Teufel. Polizeiliche Suspendierungen, Schikanen und Verfolgung, manchmal auch Gefängnisstrafen, waren nicht selten das Schicksal der Verbandshäuser. Diese Zustände lernte ich während meiner Wanderjahre in Süddeutschland, in Sachsen, am Rhein und im Norden des Reiches in mehr oder weniger veränderter Form hinreichend kennen. Vorübergehend im Ausland, konnte ich die Gewerkschaftsbewegung in Belgien, Nordfrankreich und in der Schweiz studieren. In Zürich gründeten wir einen Zentralverband der Schreiner für die Ostschweiz, der in Verbindung treten sollte mit unserm Deutschen Verband in Stuttgart. Freund Karl Klotz war als Redner erschienen. Ahnungslos wählten wir den Schreinermeister August Schröder zum Präsidenten, der später als gemeiner Polizeispitzel entlarvt worden ist.

Ende der achtziger Jahre (1887) war ich wieder in München zugewandert. Der bestehende Schreinerfachverein verfiel bald der polizeilichen Auflösung. Nach einer solchen Katastrophe dauerte es immer wieder einige Zeit, bis die verstreuten Kollegen neuerdings gesammelt werden konnten. Ein Stamm war allerdings immer vorhanden, ein Kreis orksanfähiger Allen, die unentwegt zur Organisation hielten, und jene Gruppe jüngerer Kollegen, die Wandervogel, die die Notwendigkeit der Zentralisation erkannt hatten und Einzelmitglieder des Verbandes waren. So hatte München bald wieder einen Lokalverein der Schreiner, der 1889 eine umfassende Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Münchener Schreinergerwerbe und im Anschluß daran eine Lohnbewegung durchführte. Von den damals in München beschäftigten Gehilfen (etwa 2500) hatten 1657 persönlich den ihnen zugestellten Fragebogen ausgefüllt. Davon waren 560 organisiert (450 im Lokalverein, 110 im Tischlerverband, 120 in beiden Organisationen). Ueber 40 Prozent der Kollegen hatten eine mehr als zehnstündige Arbeitszeit. Der Durchschnittsverdienst betrug 3,20 Mk. im Tagelohn, 3,70 Mk. in Akkord. Selbst bei den bescheidensten Ansprüchen reichte der reguläre Verdienst nicht aus, um einen Haushalt zu führen. Ermittlungen durch Haushaltungs-Fragebogen lieferten ein trauriges Bild. Darauf war die ungeheure Zahl von Ueberstunden (im Erhebungsjahr etwa 80 000) zurückzuführen.

Die Lohnbewegung hatte einen befriedigenden Erfolg. Darauf stautte aber die Mitgliederzahl wieder ab. Polizeiliche Maßnahmen erschwerten dem Lokalverein sein Wirken, weshalb dessen Auflösung beschlossen wurde. Vorher schon war eine Zahlstelle des Tischlerverbandes gegründet worden. Auf diese Weise sollte der Zentralisationsidee die Bahn gebahnet werden, für die viele Kollegen absolut kein Verständnis zeigen wollten. Der Münchener Verbandszahlstelle sollte inoffiziell keine lange Lebensdauer beschieden sein. Eine polizeiliche Auflösung setzte ihrer Tätigkeit ein Ende. Versammlungen zum Zweck einer Neugründung wurden verboten. In langen Schriftsätzen protestierten wir gegen die Auflösung der Zahlstelle. Regierung und Verwaltung

Erregung hat wieder einen ungeheuren Grad erreicht. Wir hoffen aber, daß man an den maßgebenden Stellen rechtzeitig für die Entlastung des überheizten Kessels sorgt und nicht wartet, bis eine Explosion den Staatsleuten zeigt, daß sie ihre Pflicht vernachlässigt haben.

Aus dem Reichstag.

Die zwischen den Regierungen vereinbarten Friedensverträge bedürfen der Bestätigung durch den Reichstag. Da bei Verträgen, die verschiedenen Parlamenten zur Bestätigung unterbreitet werden, die Abänderung einzelner Bestimmungen kaum möglich ist, kann es sich praktisch nur darum handeln, den Vertrag im ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Trotzdem ist die parlamentarische Behandlung wertvoll, denn sie bietet die Möglichkeit, die Bedeutung der einzelnen Bestimmungen klarzustellen. Bei dem Friedensvertrag mit Rumänien ist das besonders wichtig, denn er betrifft neben den Gebietsveränderungen, die Deutschland nicht unmittelbar berühren, auch die Regelung des Handelsverkehrs und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern, also Fragen von großer Bedeutung. Bei der ersten Lesung beschränkten sich die Redner darauf, die große Wichtigkeit des Vertrages zu betonen. Die genaue Prüfung soll in der Kommission vorgenommen werden, an welche der Vertrag verwiesen wurde.

Bei der Beratung des Etats des allgemeinen Pensionsfonds wurde sehr eingehend über die Lage der Kriegsschädigten verhandelt. Die Redner aller Parteien stimmten darin überein, daß die Versorgung der Kriegsschädigten unzulänglich ist. Bei der Höhe der Renten ist der gekunkelte Geldwert nicht berücksichtigt. Eine Vorlage der Regierung auf Erhöhung der Renten würde beim Reichstag zweifellos Zustimmung finden, aber die Regierung ist in dieser Richtung zurückhaltend. Den Verletzten wird in Einzelfällen auch über das gesetzliche Maß hinaus Fürsorge zuteil, aber ein Rechtsanspruch wird ihnen nicht gewährt. Der Regierungsvertreter wünschte, daß es mehr bekannt würde, daß den Verletzten auf Antrag Teuerungszulagen gewährt werden, und daß Anweisung gegeben ist, dafür zu sorgen, daß eine Kriegerfrau dadurch, daß ihr Mann fällt, wirtschaftlich nicht schlechter gestellt wird. Nach den gesetzlichen Bestimmungen tritt aber dieser Fall ein, und leider zeigt die Regierung keine Neigung, den offensibaren Mängeln in der Versorgung der Kriegsschädigten und der Angehörigen und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch Gesetzesänderungen abzuwehren. Das soll erst nach dem Krieg geschehen. Dagegen wurden jetzt Vorlagen über die Ausdehnung des Kapitalabfindungsgesetzes auf die Teilnehmer an früheren Kriegen und auf Offiziere eingebracht, die zustimmend begrüßt und an eine Kommission verwiesen wurden.

Große politische Debatten knüpften sich an die Beratung des Etats des Reichskanzlers und des auswärtigen Amtes. Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, hatte sich in seiner Rede offen dahin ausgesprochen, daß der Krieg durch militärische Entscheidungen allein nicht beendet werden kann. Das Aussprechen dieses Gedankens, dessen Richtigkeit für jeden objektiven Beurteiler der Verhältnisse selbstverständlich ist, wurde dem Staatssekretär von den Annexionisten und Anhängern eines Gewaltfriedens, die im Reichstag nur eine Minderheit bilden, aber außerhalb des Parlaments einflussreiche Beziehungen unterhalten, sehr übel genommen. Sie erhoben ein großes Geschrei, und das veranlaßte den Reichskanzler zur Abgabe einer Erklärung und den Staatssekretär zu einer zweiten Rede, die zwar sachlich den gleichen Inhalt hatte wie die erste, aber in ihrer Form den Eindruck erweckte, als sei er vor dem Stützpunkt der parlamentarischen Vorkämpfer der Vaterlandspartei zusammengedrückt. In der Presse dieser Partei ertönte alsbald der laute Ruf nach dem Rücktritt Kühlmanns, und die Annexionisten glaubten bereits, ein erstes Ziel, die Beseitigung des Staatssekretärs, der sich für eine Verständigung zur Beendigung des Krieges ausspricht, erreicht zu haben. Ihr Jubel war aber zu früh. Der Sturz Kühlmanns aus diesem Anlaß würde den Sturz

gerichtshof wurden angerufen. Alles umsonst! Die abweisenden Entscheidungen der verschiedenen Instanzen gipfelten in dem Refrain: Hätte der Zentralverband seinen Sitz in Bayern, so müßte er als politischer Verein angesehen werden, und weil die Münchener Zählweise, obgleich ihr Tun an sich nicht zu beanstanden war, diesem Zentralverband in Stuttgart angegliedert ist, der im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes eine politische Tätigkeit entfaltet, muß die Auflösung wegen Inverbindungtretens mit einem politischen Verein ausgesprochen werden.

Als Einzelmitglieder hielten wir durch Vertrauensleute die Verbindung mit dem Zentralverband aufrecht und agitierten nach besten Kräften instig weiter.

Im Spätjahr 1890 fiel das Sozialistengesetz, bald darauf fand in Hannover ein Tischlerkongress und im Anschluß ein Verbandstag statt. Ein frischer Zug kam in die Bewegung. Der Zusammenschluß verschiedener Verbände der Holzindustrie wurde besprochen und vorbereitet, worauf im Frühjahr 1893 in Kassel die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes erfolgte. Nun ging es — nachdem erst die Widerstände bei den einzelnen Gewerbegruppen überwunden waren — unter günstigeren Verhältnissen unerschrocken vorwärts. Mich hierüber zu verbreiten, kann nicht meine Aufgabe sein.

Nur soviel sei gesagt: Mit innerer Befriedigung und sicher berechtigtem Stolz bilden wir heute auf das erhabene Werk, dem unzählige braver Kollegen ihr Können und ihre Kraft geopfert haben. Falsch wäre es indessen, nun auszuruhen und die Hände in den Schoß zu legen. Weitere unablässige Agitation für den Verband tut dringend not. Nach Erlangung des ersehnten Friedens müssen nicht nur die Läden, die der fürchterliche Weltkrieg in die Reihen auch unseres Verbandes gerissen hat, ausgefüllt werden, der legt Holzarbeiter muß der Organisation angehörend! Nur dann wird sich die Kollegenchaft in den bevorstehenden Wirtschaftskrisen erfolgreich behaupten und sich ein menschenwürdiges Dasein sichern können.

Dies mein Appell an die deutschen Holzarbeiter aus Anlaß unseres Verbandesdoppeljubiläums!

Edward Schmid (München)

der gesamten Regierung zur Folge haben, die sich in Uebereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit auf das Anstreben eines Verständigungsfriedens verpflichtet hat. Gegen den Willen der Mehrheit des Reichstags die leitenden Stellen im Reich mit offenen Annexionisten zu besetzen, das wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein gar zu gewagtes Spiel gewesen. So ging zwar diese Krise vorüber, aber sie hat doch bezeichnende Schlaglichter auf die politische Lage geworfen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 10650 Theodor Sasse, Stodarb., geb. 28. 7. 58 zu Jastrow.
181545 Rich. Friedrich, Tschl., geb. 18. 6. 55 zu Weiskense.
331710 Aug. Mäsker, Tschl., geb. 23. 7. 86 zu Vatun.
484131 Jakob Leibrod, Tschl., geb. 17. 7. 71 zu Haslach.
509038 Heinr. Siever, Tschl., geb. 26. 9. 88 zu Hannover.
521326 Karl Grünwald, Tschl., geb. 4. 9. 74 zu Höchberg.
544826 Herm. Hiller, Tschl., geb. 10. 11. 85 zu Berlin.
611338 Ernst Meyer, Tschl., geb. 15. 11. 90 zu Bitterfeld.
674920 Alfred Wiebusch, Tschl., geb. 8. 8. 92 zu Remscheid.
741629 Heinr. Twisselmann, Korbm., geb. 10. 1. 98 zu Altteikendorf.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Hof. (Wie es die Säger nicht machen dürfen.) Der Baumeister und Sägewerksbesitzer Brabed weigerte sich, die Tariflöhne zu zahlen. Die Arbeiter klagten beim Schlichtungsausschuß, worauf Brabed sich von seinen Arbeitern durch Unterschrift beistimmen ließ, daß sie zufriedengestellt wären. Da uns mitgeteilt wurde, daß die Unterschrift durch Drohung mit der Entlassung erzwungen war, verlangten wir, daß Verhandlung stattfinden müsse. Dieselbe war für den 15. Juni angesetzt. Vor Beginn der Verhandlung brachte Brabed ein neues Schriftstück zum Vorschein, welches vom 15. Juni datierte, und das die Arbeiter abermals unterschrieben hatten. Wir protestierten dagegen, da solche Sonderabmachungen nicht im Sinne der mit der Seeresverwaltung und den Sägewerksbesitzern abgeschlossenen Vereinbarungen liegen könne. Der Schlichtungsausschuß schloß sich unserer Ansicht an und fällte einen Schiedsspruch, das Brabed die Tariflöhne zu zahlen habe. Dieser Schiedsspruch ist 14 Tage im Betrieb auszuführen.

Zweiter Fall. Der Sägewerksbesitzer Seuf in Helmbrechts erklärte, lieber seinen Betrieb zu schließen als die Tariflöhne zu zahlen. Er brachte ebenfalls eine Erklärung herbei, in welcher die Arbeiter durch Unterschrift ihr Einverständnis mit den gezahlten Löhnen erklärten. Frau Seuf als Vertreterin ihres Mannes erklärte jedoch, die Tariflöhne von nun an zahlen zu wollen. Es kam eine dahingehende Vereinbarung zustande.

Die Kollegen in den Sägewerken können aus diesen Beispielen erkennen, daß unser Verband bemüht ist, ihre Rechte zu wahren, aber sie sollten uns das nicht unnötig erschweren. Sie müssen selbst ihren Mann stehen und dürfen sich von dem Unternehmer nicht einschüchtern lassen. Durch das energische Auftreten der Verbandsvertreter ist es gelungen, in diesen Fällen die Folgen der leichtsinnig gegebenen Unterschrift abzuwenden. Es kann aber auch anders kommen. Deshalb etwas mehr Mut. Dann werden sich auch die widerstrebenden Unternehmer daran gewöhnen, die Vereinbarung zu beachten.

Mühldorf a. Inn. In dem Betrieb der Gesellschaft für moderne Wohnungseinrichtungen zeigt der technische Leiter Stiegler ein Benehmen, das öffentlich gerügt werden muß. Der starke Arbeiterwechsel ist auf die Schikanen zurückzuführen, welche geschulte Arbeitskräfte nötigen, den Betrieb schnell wieder zu verlassen. Der Betrieb hat sich auf die Lehrlingshaltung verlegt. Auf 6 Gehilfen kommen 7 Lehrlinge. Daß da von einer gründlichen Ausbildung nicht viel geredet werden kann, läßt sich denken. Von Kriegsverletzten will die Firma nichts wissen, es sei denn, daß sie sich willig ausbeuten lassen. Herrn Stiegler wäre zu empfehlen, daß er sein Benehmen ändert, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann der Betrieb nicht empfohlen werden.

Unsere Lohnbewegung.

Neue Teuerungszulagen in Berlin.

Die fortgesetzte steigenden Preise für alle Lebensbedürfnisse haben unsere Berliner Kollegen veranlaßt, mit der Forderung nach einer weiteren Teuerungszulage an die Unternehmer heranzutreten. In den einzelnen Betrieben, in denen die Forderung gestellt wurde, wurden die Kollegen an die Organisation der Unternehmer verwiesen; die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin lehnte jedoch Verhandlungen mit unserer Ortsverwaltung ab. Das veranlaßte die Kollegen in einigen Betrieben zu einem entschiedeneren Auftreten, durch welches in einer Reihe von Betrieben eine Verständigung erzielt wurde, die den Kollegen die geforderte Teuerungszulage von 30 bis 40 Pf. pro Stunde brachte. Nun bequante sich auch die Freie Vereinigung zu Verhandlungen. Am 12. Juni traten die Vertreter der Parteien zum erstenmal zusammen. Nachdem auch am 17. Juni verhandelt worden war, konnte endlich am 24. Juni eine Verständigung erzielt werden. Es wurde eine Teuerungszulage von 25 Pf. pro Stunde bewilligt. Davon sind 15 Pf. am 1. Juli in Kraft getreten, und die restlichen 10 Pf. werden vom 15. August an gezahlt.

Aus der Holzindustrie.

Ein bemerkenswerter Beschluß.

In einer am 6. Juni abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung hat die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin beschlossen, ihre Mitgliederbeiträge zu verdoppeln. Bisher zahlten die Mitglieder für jeden beschäftigten Arbeiter 20 Pf. pro Woche, vom 1. Juli an beträgt dieser Beitrag 40 Pf. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Streikentschädigung von 1 Mk. auf 2 Mk. pro Tag und Arbeiter zu erhöhen.

Diese Beschlusfassung steht im Zusammenhang mit der von unseren Berliner Kollegen erhobenen Forderung, die Löhne um 30 bis 40 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Verhandlungen über diese Forderung hatten die Unternehmer zunächst abgelehnt, doch wurde in der erwähnten Generalversammlung beschlossen, in der Schlichtungskommission zu verhandeln. Vorher wurde lebhafteste Klage darüber geführt, daß gewisse Betriebsleiter, die der Freien Vereinigung nicht angehören, Arbeiter durch Anbieten höherer Löhne aus den Betrieben, in denen sie in Arbeit stehen, herauslocken. Wenn diese Behauptung zutreffen sollte, dann würde sie lediglich beweisen, daß die Preise, welche die Unternehmer erhalten, es gestatten, höhere Löhne zu zahlen. Daß das Verlangen unserer Kollegen an sich berechtigt ist, ergibt sich ohne weiteres aus den uns ungemessene steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse und kann auch von den Unternehmern nicht bestritten werden. Sie verzichteten sich aber hinter den Wortlaut des Vertrages und glaubten, gestützt darauf, sogar Verhandlungen ablehnen zu sollen.

Inzwischen haben, wie wir an anderer Stelle berichten, die Verhandlungen stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt. Aber der Beschluß der Freien Vereinigung, die Beiträge und die Sätze der Streikentschädigung zu verdoppeln, gibt zu denken. Daß der Beschluß eine unmittelbare Bedeutung hat, ist allerdings kaum anzunehmen. Man wird ihn wohl richtig einschätzen, wenn man ihn als eine Rüstungsmassnahme für die nach dem Krieg zu erwartenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen betrachtet. Und so sollte er von unseren Kollegen überall gewertet werden. Solche Auseinandersetzungen sind mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, und es wäre eine schwere Unterlassungsünde, wenn nicht auch die Arbeiter sich rechtzeitig darauf vorbereiten würden.

„So werden die Mitglieder behandelt.“

Die Zahlstelle Kiel hat sich in zwei Versammlungen mit der „Haltung des Hauptvorstandes während des Krieges“ beschäftigt und dabei den Anschluß der Generalkommission an den Volksbund für Freiheit und Vaterland gerügt und die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ verurteilt. Ein Bericht über diese Versammlung, der uns zugeht, ist unverkürzt in der Nr. 22 vom 1. Juni veröffentlicht; er nimmt dort 64 Zeilen ein. Den Abdruck der gleichzeitig eingesandten Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde, haben wir abgelehnt. Dem Einsender ist mitgeteilt worden, daß der Abdruck unterblieben sei, weil die Resolution nur eine Zusammenfassung dessen ist, was ausführlicher in dem abgedruckten Bericht gesagt wurde. Damit schien die Angelegenheit erledigt.

Nicht wenig erstaunt waren wir, in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Juni die Kieler Resolution abgedruckt zu finden mit folgendem Nachsatz:

„Die Holzarbeiter-Zeitung weigert sich, die Resolution zum Abdruck zu zwingen. Sie schließt Platzmangel vor. So werden die Mitglieder behandelt.“

Auf diese Weise wird der beabsichtigte Eindruck erweckt, als ob wir die Kieler Verbandsmitglieder verhindert hätten, ihrer Ansicht über den Volksbund für Freiheit und Vaterland im Verbandsorgan Ausdruck zu geben. Das ist eine Methode, die hierdurch tiefer gehängt sei.

Bei der Gelegenheit noch ein Wort über den Volksbund. Wir sind der Ansicht, daß man über die Zweckmäßigkeit des Beitritts der Generalkommission sehr wohl verschiedener Meinung sein kann. Die Gründe aber, mit denen in dem etwas künstlich entworfenen Entrüstungssturm der Austritt verlangt wird, können wir uns nicht zu eigen machen. Die Generalkommission braucht gegen die Unterstellung, als ob sie den Interessen der Arbeiter bewußt zuwider gehandelt hätte, nicht in Schutz genommen zu werden; dazu steht sie zu hoch. Sie hat den Beitritt vollzogen in der sicheren Ueberzeugung, damit die Sache der Arbeiter zu fördern, und fraglich könnte nur sein, ob der Schritt taktisch klug war. Nachdem in einer Reihe von Versammlungen der Austritt mit solcher Entschiedenheit gefordert wird, dürfte es sich empfehlen, den damaligen Beschluß einer Nachprüfung zu unterziehen. Wobei auch zu berücksichtigen sein wird, daß der Volksbund die in ihn gesetzten Erwartungen tatsächlich nicht erfüllt hat.

Gewerkschaftliches.

Die Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter hielten im den Tagen vom 16. bis 20. Juni in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab. Veranlaßt wurde diese Tagung durch die unhaltbar gewordenen Zustände im Tarifverhältnis. Mit der Unternehmerorganisation, dem Deutschen Buchdruckerverein, sind allgemeine Bestimmungen über Löhne, Arbeitszeit usw. getroffen worden, die als Grundlage für den Abschluß örtlicher Tarife gelten sollen. Außerdem besteht seit dem Jahre 1911 ein Tarifungsvertrag, der die Parteien zur strengen Inachhaltung der Tarifbestimmungen verpflichtet. Die Unternehmer haben sich aber vielfach nicht an die allgemeinen Bestimmungen gehalten, und auch der Tarifungsvertrag wurde in manchen Fällen zugunsten der Arbeiter ausgelegt. Das Verlangen der Arbeiterorganisation, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag mit einer Zentralinstanz nach dem Muster des Buchdrucker-Tarifs zu schaffen, wurde von der Unternehmerorganisation abgelehnt. Um aus der unhaltbar gewordenen Situation herauszukommen, beschloß der Verbandstag, die „Allgemeinen Bestimmungen“ und den Tarifungsvertrag zum 1. Juli zu kündigen. Außerdem beschloß der Verbands-

tag eine Aenderung der Beitrags- und der Unterstuetzungs- sache. Das Verbandsorgan, die "Solidaritaet", soll vom 1. Oktober an nur noch vierzehntaegig erscheinen. Die seit- herigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiederge- waehlt.

Im Fleischer-Verband hat sich die Mitgliederzahl, die im Jahre 1910 auf 2143 zurueckgegangen war, im Jahre 1917 auf 2929 gehoben. Der Kassenbericht fuer 1917 weist bei 81 048 Mk. Einnahme eine Ausgabe von 67 538 Mk. auf. Das Verbandsvermoegen stieg auf 87 268 Mk. Außerdem fuehrt der Verband einen besonders verwalteten Kriegs- hilfsfonds, der fuer die Zeit von Oktober 1914 bis Ende 1917 insgesamt 90 238 Mk. eingenommen, 67 206 Mk. ausgegeben hat und über einen Bestand von 23 032 Mk. verfügt.

Der Verband der Glasarbeiter hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 von 6203 auf 7361 gesteigert. Bei einer Ge- samtannahme von 207 071 Mk. betrug die Gesamtausgabe 137 514 Mk. Das Verbandsvermoegen stieg auf 295 316 Mk., wovon 282 685 Mk. in der Hauptkasse.

Der Verband der Maschinisten und Seizer hat sich im Jahre 1917 recht guenstig entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 7145 auf 9331. Die Einnahmen des Verbandes be- trugen 233 629 Mk., die Ausgaben 189 478 Mk. Das Ver- bandsvermoegen erhoehte sich auf 386 689 Mk.

Im Tapezierer-Verband haben sich an der Urabstimmung ueber die Beitragserhoehung von 2636 Mitgliedern 1677 be- teiligt. Von diesen stimmten 1324 mit Ja und 353 mit Nein. Auf Grund dieses Ergebnisses treten die neuen Bei- traege, 40 und 60 Pf. fuer weibliche, 80 und 100 Pf. fuer maennliche Mitglieder, am 1. Juli in Kraft.

Eingefandt.

Ein Jubilaeumsgruß aus dem Felde.

Funfundzwanzig Jahre angestrengter, aber aeußerst er- folgreicher Arbeit liegen seit jenem denkwuerdigen Tag, an dem der neu gegrueendete Verband seine Saetigkeit aufnahm, hinter uns. Wenn wir dann im Geiste alles das, was der Holzarbeiter-Verband leistete, an uns vorueberziehen lassen, so koennen wir stolz und freudig feststellen, daß das da- mals gelegte Samensorn zu einem kraeftigen Zweig der Ar- beiterbewegung heranwuchs, der allen Staerken und Ge- fahren trotzte. Und nicht minder stolz duerfen wir sein, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, an dessen Festigkeit noch nicht einmal die furchtbaren Kriegsstuermue ruettern konnten, anzugehoeren. In muhseligster Arbeit, nervenzerruettemdem Ringen mit den Egoisten und Scharfmachern der Arbeit- geber, den polizeilichen und staatlichen Schikanen troezend, ist der Verband geworden, was er heute ist, die machtvolle und anerkannte Interessenvertretung der Holzarbeiter gegen- ueber dem Unternehmertum.

Stolz und Freude erfuellen auch uns Feldgrauen, die wir bis heute noch nicht aufhoerren, mit allen unseren schwachen

Mitteln hier draeußen fuer unsere Ideale zu wirken und zu werben. Und wenn wir dem Verband die Treue waahren, unsere kleinmueltig gewordenen Kollegen hier draeußen fuehlen, aufklaeren, soviel es in unserer Kraft lag, auch von hier aus der Organisation zu nuetzen versuchen, so duerfen wir annehmen, unserer Pflicht nach Moeglichkeit nachgekom- men zu sein.

Doch, und dies duerfen wir anlaetlich des Jubilaeums fragen, habt ihr alle in der Heimat eure Pflicht erfuellt? Wo sind noch die vielen Tausende Kollegen und Kolleginnen, die tagaus, tagein die Portae in die Tasche stecken, die ihnen der Verband brachte? Warum haben sie sich noch nicht der Organisation angeschlossen? Was wollen sie, wenn nach Kriegsende die Kollegen wieder heimkehren, ihnen an- worten zur Entschuldigung? Muessten sie nicht dann das Unwuerdige ihrer Lage fuehlen, daß sie dem Verband fern- geblieben, aber doch die Portae einheimstien? Wo bleibt da der Glaube an Solidaritaet und Pflichtgefuehl?

Kollegen, Kolleginnen, bedenkt euch eures Pflichtgefuehls, tretet ein in die Reihen unseres Verbandes, auf daß, wenn unsere Brueder aus jenem wahnsinnigen Voelkermorden zu- rueckkehren, der Verband stark und gekraeftigt dasteht. Daß er in der Lage ist, nicht nur seine Pflichten gegen die rick- schreitenden Streiter zu erfuellen, sondern in den unausblei- blichen schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die uns nach dem Krieg bevorstehen, voll und ganz als unsere machtvolle In- teressenvertretung zu handeln, zu wirken. Stellen wir der- fast reiflofen Organisation des Kapitals, der Arbeitgeber, den festgefuegten Zusammenschluß der Arbeitnehmer ent- gegen, zu unserem Heil, zu unserem Vorteil.

Darum ergeht an alle Außenstehenden der Ruf: "Hinein in den Holzarbeiter-Verband!", auf daß wir uns nicht nur ein menschenwuerdiges Dasein, nein, noch viel mehr, die Er- fuellung unserer Ideale erzwingen.

P. U. Die z (Hamburg), zurzeit im Felde.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Rechnungsabluß vom 1. Quartal 1918.

Table with financial data for the Central Sick and Death Insurance Association. Columns include Einnahmen (Income) and Ausgaben (Expenses) in Mk. Rows list items like Barer Bestand, Zinsen, Beiträge, and Kapitalien.

Table showing financial details for medical services (ärztliche Leistungen) and other expenses. Columns include descriptions of services and amounts in Mk.

Table showing the sum of income and expenses, and the balance as of April 1, 1918. It includes a breakdown of assets and liabilities.

Der Vorstand. J. U.: U. Huch, Hauptkassierer. Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns gepruift und mit Buchern und Belegen uebereinstimmend befunden, der Kassenbestand ist uns vorgelegt und nachgewiesen worden.

Der Aufsichtsrat. J. U.: A. Knochel, Obmann. Vom Fachblatt fuer Holzarbeiter ist das Juniheft erschienen. Es enthaelt Arbeiten des Hochbauamts der Stadt Leipzig aus den beiden Rathaeusern.

Literarisches. Vom Fachblatt fuer Holzarbeiter ist das Juniheft erschienen. Es enthaelt Arbeiten des Hochbauamts der Stadt Leipzig aus den beiden Rathaeusern. August Flemming schreibt ueber Theorie und Praxis des Tischlers im Bau, waehrend sich der Architekt Max Barnatsch in einem aktuellen Aufsatz ueber zweemaessige Wuelder fuer minderbemittelte heim- lehrende Krieger verbreitet.

Gestorbene Mitglieder.

- List of deceased members including Friedrich Rinselmacher, Johann Stadelman, Josef Kraus, and others, with their dates of death and locations.

Ehre ihrem Andenken.

Möbelschreiner bei gutem Lohn gesucht! H. Heinemann, Hamburg 23, Koldingstr. 17.

Wir suchen zu sofortigen Antritt taetige Möbeltischler. Angebote an Postl. Anzeigebureau Industrie- und Gewerkschaft, Auerbach im Vogtland.

Tischlergesellen zur einfachen Moebelarbeit stellen ein E. B. Feiler & Söhne, Holzindustrie, Auerbach-Weier.

Taetige Tischler (auch Anzeigebureau) fuer bessere Moebel gesucht. Reinhold Franke, Sarihtha i. Sa.

Möbel-Tischler

sofort gesucht. - Dauernde Beschaeftigung. Schlessische Holzindustrie Akt.-Ges. vormals Henschel & Schmidt, Langendels, Bez. Liegnitz (Schlesien).

Gesucht einige taetige Tischler! Gebr. Heilig, Hamburg, Ellertorsbruecke 7, II.

Taetige Drechsler sofort gesucht. S. Reiber, Drechslermeister, Flensburg, Angelturmer Straeße 6.

Holzdrechsler, bevorzugt Oualdreher, nach Bayern gesucht. S. Schmer, Holzwarenfabrik, Bamberg.

Holzdrechsler fuer kleine Oualrahmen bis Groeße 15x20 sofort gesucht. S. Staniewicz, Langensalza (Thür.).

Einige Korbmacher, auch Kriegs- beschaeftigte, auf runde Packfoerbe sofort gesucht. Giroth & Breittreuz, Verdorf, Bez. Koblenz.

Korbmacher oder Korbmacherinnen auf Flaschenfoerbe sofort gesucht. Adam Stahl, Korbmachermstr., Schweinfurt a. M. (Bayern), Fischerrain 77.

Zwei taetige Korbmachergehilfen gesucht. C. Hochgraf, Korbmachermeister, Zeterow (Mecklenburg).

Zwei junge Korbmacher auf dem Lande gesucht. Fr. Koltze, Karow, Bez. Magdeburg.

Zwei Korbmachergehilfen auf Weiß und Grün geschlagen gesucht. C. Balz, Gardelegen, Altmari.

Einen Korbmacher auf Kohlen- u. Kartoffel- foerbe stellt sofort ein Gottfried Bolle, Bergen a. Rügen.

Korbmacher fuer Rund- u. Munitions- foerbe (S) stellt sofort ein Erster Koenig, Berlin O. 27, Blumenstr. 5.

20-30 Korbmacher

auf alle Sorten Geschloeffoerbe sucht sofort Georg Wicht, Eisleben.

2 Buerstenmacher, 1 Pecher, 1 Borstenzurichter fuer sofort oder spaeter gesucht. U.C. Steinbach, Buerstenfabr. (electr. Betr.) Kassel.

Taetige Buerstenholzbohrer werden gesucht. Otto Delze, Groß- Ottersleben bei Magdeburg.

Tischlereigrundstueck eingerichtet, moeglichst mit elektrischem An- schluss, in groeßtem Dorf zu kaufen gesucht. Vogler, Charlottenburg, Am Bahnhof Westend 3.

Grundstueck mit kleinem Garten, passend fuer Handwerker, ist unter guenstigen Bedingungen zu verkaufen. Frau Anna Mische, Blankenburg am Harz, Theaterstraeße 2.

Guten hellen Lack-Ersatz liefern guenstig Refektan, Bautzen.

Paritaetische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband fuer das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 22. Juni, bis Freitag, 28. Juni 1918. A - Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B - Offene Arbeitsstellen. C - Gemeldete Arbeitsloefe am Schluß der Woche.

Table with columns for location (Ort) and various trades (Bau- u. Tischler, Moebel- tischler, Maschinen- arbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen). It shows the number of workers in each category across different regions.

Werkzeug-Neuheiten.

Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolinerstr. 31.

Gebogene Radbuengel in Esche und Buche, prima Ware, liefert M. Walther, Dresden 22.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bekhickt von vielen Kriegsbelaedigten-Fueroer- stellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kollcher

Komplette eiserne Beschlaege fuer geschloetene Minentfoerbe aller Groeßen. Beschlaege fuer Kartuschfisten, Tornisterfisten usw. usw. sowie faemiliche Einzelteile dazu, speziell

Gelenkstrifte und Splinte mit und ohne Ketten liefert prompt und preiswert Schloeffabrik Aktiengesellschaft, vorm. Wilt, Schulte, Schlagbaum, Post Loemisheide.